

Hoffnung ist Handarbeit: Gegenmacht in Hessen aufbauen!

Entwurf der AG des Lavo zum Leitantrag der Linken Hessen für das Jahr 2027/28

Präambel

Die anhaltende Krise des Kapitalismus frisst sich tief in unseren Alltag – und die Bundesregierung sowie die schwarz-rote Landesregierung in Hessen verschärfen diese Zustände durch eine Politik des sozialen Kahlschlags. Die Preise für das Nötigste explodieren, der Druck am Arbeitsplatz wächst. Während wir den Laden am Laufen halten und uns um unsere Lieben sorgen, blutet die öffentliche Infrastruktur in unseren Städten und Dörfern aus. Soziale Sicherheit erodiert, den hessischen Kommunen wird durch drastische politisch erzeugte Sparzwänge die Luft zum Atmen genommen. Existenzielle Verunsicherung greift um sich.

Der perfide Mechanismus dieses Systems ist die Individualisierung der Verantwortung. Die Krisen sollen wir gefälligst durch Verzicht und Mehrarbeit lösen – und die Schuld bei jenen suchen, die noch weniger bis nichts haben. Unbezahlbare Mieten in den Ballungsräumen, Existenzängste und die rasante Zunahme von psychischen Erkrankungen sind kein individuelles Versagen. Marode Schulen, eine ausgedünnte Gesundheitsversorgung auf dem Land und geschlossene Schwimmbäder sind zumeist kein Managementfehler der Städte und Gemeinden. Sie sind das brutale und vorhersehbare Resultat eines Systems, das Profite über menschliche Bedürfnisse stellt, flankiert von einer Landespolitik, die den Ausverkauf der Daseinsvorsorge verwaltet.

Aber diese Entwicklungen sind weder ein Naturgesetz noch sind sie alternativlos. Wer soziale Kälte sät, erntet den Rechtsruck und bereitet den Nährboden für Faschismus – doch wir setzen Solidarität dagegen. Und wir sehen: Unsere Arbeit wirkt. Die Linke in Hessen ist eine lebendige Partei, die kämpft und an Zuspruch gewinnt. Dass wir im vergangenen Jahr spürbar gewachsen sind und bei den Kommunalwahlen wichtige Erfolge erzielen konnten, zeigt: Eine verlässliche linke Stimme wird dringender gebraucht denn je. Wir verbinden den Alltagswiderstand im Kleinen mit dem Kampf für die große politische Alternative – auf der Straße und in den Parlamenten.

Wir wollen die treibende Kraft für einen gerechten Umbau in Hessen sein. Wir durchkreuzen die rassistischen und sozialchauvinistischen Ablenkungsmanöver der Rechten und der vermeintlichen Mitte mit einer Ansage: Soziale Proteste und gelebte Solidarität sind unser Widerstand. Wo sie uns vereinzelt wollen, setzen wir auf gut organisierte Nachbarschaften, breite Bündnisse und gewerkschaftlich organisierte und kampffähige Belegschaften. Wir führen nicht nur Abwehrkämpfe, sondern streiten als mutige, wachsende Partei für einen tiefgreifenden Wandel. Wir kämpfen für eine Gesellschaft der Fürsorge, in der die Daseinsvorsorge allen gehört, in der die wesentlichen Produktionsmittel in öffentlicher Hand

sind und demokratisch kontrolliert werden – für einen Sozialismus, der ein gutes, würdevolles Leben für alle ermöglicht.

1. Imperialistische Konkurrenz, Klimakatastrophe und der autoritäre Umbau im Inneren

Die internationale Nachkriegsordnung bricht in sich zusammen. Die Vormachtstellung der USA und ihrer Verbündeten wankt. Diese Vorherrschaft beruhte damals wie heute auf der gewaltsamen Durchsetzung wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen: durch Kriege, die Ausnutzung ökonomischer Abhängigkeitsverhältnisse, Sanktionen, Embargos und die Fortsetzung kolonialer Kontinuitäten.

In der Folge wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisenprozesse verlieren die westlichen Staaten zunehmend diese Führungsrolle. Zugleich gewinnen China und weitere Staaten und Bündnisse an weltpolitischem Gewicht. Eine multipolare Weltordnung kann neue Spielräume für Völkerverständigung und gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit eröffnen. Jedoch führt der Aufstieg neuer Großmächte und Machtblöcke nicht automatisch zu einer gerechteren oder friedlichen Welt.

Denn die kapitalistische Produktionsweise setzt nicht nur die Menschen untereinander in Konkurrenz, sondern bringt auch die Konkurrenz zwischen Staaten und internationalen Machtblöcken hervor. Zurzeit wird das Völkerrecht nicht einmal mehr als formaler Bezugspunkt gesehen, Krieg gilt wieder als gewöhnliches Mittel zur Durchsetzung von Interessen.

Mit den weltweiten imperialen Bestrebungen gehen repressive, autoritäre Herrschaftspraxen einher, die im Inneren zu einer drastischen Umverteilung von unten nach oben und einem massiven Abbau demokratischer Rechte führen. Aufrüstung, Sozialabbau und der Abbau demokratischer Rechte sind miteinander verbunden.

Deutschland und die Europäische Union sind dabei keine neutralen Zuschauer. Im Bündnis aber auch in Konkurrenz zur USA verfolgen sie ihre eigenen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen. Die deutsche Hochrüstung, die Militarisierung der EU, die Ausweitung militärischer Infrastruktur und die Unterordnung öffentlicher Haushalte unter das Ziel der „Kriegstüchtigkeit“ verschärfen globale Konflikte und zerstören soziale Sicherheit.

Die sozialen und ökologischen Folgen dieser kapitalistischen Krisenentwicklung zeigen sich auch in Deutschland und ganz konkret in Hessen. Die Klimakatastrophe ist hier längst keine abstrakte Warnung mehr, sondern brutale Realität: Dramatisch sinkende Grundwasserspiegel wie etwa im Hessischen Ried, sterbende Wälder und extreme Hitzewellen, die in dicht bebauten hessischen Städten zunehmend zur tödlichen Gefahr werden. Es sind vor allem ältere, kranke und arme Menschen, die in unzureichend isolierten Wohnungen leiden. Gleichzeitig verhindert die kapitalistische Konkurrenz eine gemeinsame und planvolle Antwort auf die Klimakatastrophe.

Zugleich formiert sich ein autoritärer Umbau, bei dem die extreme Rechte die selbsternannte „Mitte“ vor sich hertreibt. Die schwarz-rote Landesregierung in Wiesbaden setzt diesen Rechtsruck rücksichtslos in Regierungshandeln um. Ministerpräsident Boris Rhein und Innenminister Roman Poseck rufen „Sicherheitsoffensiven“ und den Ausbau der

„Videoüberwachung an Brennpunkten“ aus. Mit federführend organisierten Charter-Flügen nach Pakistan brüstet sich der Innenminister mit einer Abschiebeoffensive, bei der Menschen aus ihrem Leben gerissen werden. Gleichzeitig wird der öffentliche Raum – wie etwa das Frankfurter Bahnhofsviertel – diskursiv zum reinen „Kriminalitätsschwerpunkt“ degradiert, um noch mehr polizeiliche Repression gegen ohnehin marginalisierte Menschen zu rechtfertigen.

Dieser autoritäre Umbau zeigt sich auch im repressiven Vorgehen gegen linke Strukturen, sowie in den Angriffen auf eine kritische Zivilgesellschaft, der durch Kürzungsdrohungen und Diffamierung systematisch die Handlungsräume entzogen werden sollen.

Systematisch geschürte Neiddebatten und der Diskurs um die "mangelnde Kriegstüchtigkeit" dominieren den öffentlichen Raum. Damit werden die realen ökonomischen und sozialen Probleme in den Hintergrund gedrängt.

Wir wissen: Den Herrschenden muss die Bereitschaft zum Frieden und zum Ausgleich der Interessen immer wieder durch die Mehrheit der Menschen aufgezwungen werden.

Wo imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung herrschen, ist Widerstand gerechtfertigt. Unsere internationale Solidarität gilt der arbeitenden Klasse, den sozialen Bewegungen und allen Menschen, die von Krieg, Besatzung, Unterdrückung, Vertreibung, Klimakrise und Ausbeutung betroffen sind. Insbesondere stehen wir an der Seite von sozialistischen, feministischen, gewerkschaftlichen, antirassistischen und demokratischen Kräften, die Befreiung von äußerer Unterdrückung mit gesellschaftlicher Emanzipation verbinden. Wir stellen uns damit gegen die imperialen Interessen aller Machtblöcke. Denn im Ringen der Mächtigen um natürliche Ressourcen, monopolisiertes technisches Wissen und die Kontrolle menschlicher Arbeitskraft hat die Mehrheit der Menschen nichts zu gewinnen.

Völkerrecht, Menschenrechte und das Recht auf Selbstbestimmung gelten für uns universell und nicht nur dann, wenn sie den Interessen westlicher Regierungen entsprechen.

Wir setzen der Resignation unsere Solidarität und die Organisation der Hoffnung entgegen.

2. Kampf gegen den Kahlschlag – Den Sozialstaat verteidigen und ausbauen

Unter der zynischen Behauptung, wir könnten uns den Sozialstaat nicht mehr leisten, exekutieren Bundesregierung und hessische Landesregierung einen Frontalangriff auf die arbeitende Klasse. Das trifft ganz besonders jene, die auf solidarische Sicherheitssysteme angewiesen sind, Menschen in der Sorgearbeit, Erwerbslose, Rentner*innen sowie all jene, die gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen, Bürgerinitiativen und den Gewerkschaften leisten wir entschlossenen Widerstand gegen:

- **Die Zerschlagung des Arbeitszeitgesetzes:** Wir stehen fest an der Seite der Gewerkschaften im Kampf für den Erhalt des Achtstundentags, wehren uns gegen die Schwächung der kollektiven Interessenvertretung und unterstützen sie aktiv in ihren Kämpfen um höhere Löhne. Perspektivisch bleibt unser Ziel die Arbeitszeitverkürzung.

- **Den Reallohnverlust:** Um Existenzängste abzuwenden, fordern wir eine deutliche Anhebung des Mindestlohns, ein wirksames Tariftreuegesetz sowie gesetzliche Preisdeckel für Mieten, Energie, Heizung und Grundnahrungsmittel.
- **Den Angriff auf unsere Renten:** Wir fordern die Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 53 Prozent (netto vor Steuern) und die Einführung einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung für alle. Den Umbau der Altersvorsorge für den Kapitalmarkt, ein höheres Renteneintrittsalter sowie die Abschaffung der Rente für besonders langjährig Versicherte lehnen wir strikt ab.
- **Die steuerliche Entlastung der Superreichen:** Statt die Erbschaftssteuer auszuhöhlen, fordern wir eine progressive Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Einkommensteuerreform, die mittlere und untere Einkommen bis 80.000 Euro spürbar entlastet und Spitzenverdiener gerecht in die Pflicht nimmt.
- **Die Privatisierung elementarer Lebensrisiken:** Gesundheit darf keine Ware sein. Wir fordern eine solidarische Bürger*innenversicherung für die gesamte Bevölkerung, die alle medizinischen und pflegerischen Leistungen vollumfänglich abdeckt.

3. Militarisierung stoppen

Die Militarisierung der Gesellschaft läuft auch in Hessen auf Hochtouren. Sie verändert politische Prioritäten und gesellschaftliche Verhältnisse insgesamt. In Kassel wird der Rüstungsstandort von KNDS ausgebaut und durch die Kooperation mit dem israelischen Rüstungskonzern Elbit Systems tiefer in internationale Rüstungs- und Lieferketten eingebunden. Im Februar 2024 wurden diese Waffen erstmals im Rahmen des Genozids in Gaza eingesetzt. In Niedenstein sollen 7 Hektar Fläche an den Rüstungszulieferer JOWA verkauft werden, der Teile für den Leopard-2-Panzer liefert. Gleichzeitig wird an der Universität Kassel über eine Aufweichung der Zivilklausel diskutiert. In Wiesbaden ist ein neues NATO-Kommando zur Koordinierung von Waffenlieferungen und militärischer Ausbildung entstanden. Wiesbaden entwickelt sich damit zu einem zentralen Führungs- und Logistikzentrum der NATO.

Die Bauausgaben des Bundes für militärische Liegenschaften in Hessen stiegen von rund 24 Millionen Euro im Jahr 2023 auf mehr als 49 Millionen Euro in 2025. Weitere Steigerungen sind angekündigt. In Fritzlar, Schwarzenborn, Frankenberg und Pfungstadt werden Kasernen, Depots und militärische Infrastruktur ausgebaut. Das Kampfhubschrauberregiment in Fritzlar führte wiederholt nächtliche Tiefflugübungen durch, teilweise in weniger als 30 Metern Höhe.

Mit Großübungen wie „Hethex“ werden Polizei, Feuerwehren, Landratsämter, Autobahnmeistereien und andere zivile Einrichtungen in militärische Truppenverlegungen und die Funktion Deutschlands als NATO-Drehscheibe einbezogen. Zugleich intensiviert die Bundeswehr ihre Präsenz an Schulen und plant in Kassel und Wiesbaden neue Musterungszentren. Wir lehnen die Wiedereinführung der Wehrpflicht ab, dulden keine Bundeswehr an hessischen Schulen und verteidigen die Zivilklauseln an den hessischen Hochschulen.

Wir stellen dieser Militarisierung von Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Verwaltung und öffentlichem Raum eine konsequente Friedenspolitik und die zivile Transformation entgegen. Egal ob im Parlament oder auf der Straße: Wir stehen für soziale Sicherheit statt Kriegspolitik.

Öffentliche Mittel müssen in zivile Bildung und Infrastruktur fließen, nicht in Rüstungsprojekte. Wer Frieden will, darf nicht an Kriegen verdienen – wir fordern den sofortigen Stopp von Waffenexporten. Gemeinsam mit den Gewerkschaften erarbeiten wir eine Transformationsstrategie, die gezielt in zivile Infrastruktur investiert und so gute, zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Region schafft. Krieg und Aufrüstung kosten Leben und zerschlagen den Sozialstaat. Unsere Antwort auf die globalen Krisen ist ein konsequenter Internationalismus und eine klare Entspannungspolitik.

4. Unser Plan für Hessen – Die Daseinsvorsorge dem Markt entreißen und das gute Leben organisieren

Den Kampf gegen Faschisierung und Militarisierung gewinnt man nicht durch Sonntagsreden, sondern durch soziale Absicherung und den Kampf um die kulturelle Hegemonie. Während Milliarden in die Aufrüstung fließen, fehlt das Geld in unseren Städten und Gemeinden für Schwimmbäder, Bibliotheken, Jugendtreffs und gute Löhne. Wer gute, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Hessen will, muss jetzt massiv investieren. Wir bündeln unsere Kräfte auf die folgenden zentralen Hebel für einen Umbau von unten:

- **Bezahlbares Wohnen erkämpfen und Immobilienkonzerne entmachten:** Die Wohnraumkrise in Hessen eskaliert. Verdrängung zerstört gewachsene, solidarische Nachbarschaften – ob im Rhein-Main-Gebiet, wo die Mieten explodieren und selbst Normalverdiener aus den Städten wie Frankfurt, Offenbach oder Wiesbaden verdrängt werden, oder in den ländlichen Zentren. Doch statt Abhilfe zu schaffen, präsentiert der hessische Wohnungsbauminister Mansoori (SPD) eine verhunzte Mietpreisbremse, die in der Praxis wirkungslos bleibt – ein Schlag ins Gesicht aller Mieterinnen und Mieter. Auf Bundesebene treibt die Merz-Regierung den Schutz der Immobilienlobby derweil auf die Spitze und will die Möglichkeit zur Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen dauerhaft verhindern. Wir fordern einen Mietendeckel, die scharfe Sanktionierung von spekulativem Leerstand und ein massives Investitionsprogramm in den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau. Wir setzen die Vergesellschaftung profitorientierter Immobilienkonzerne kompromisslos auf die politische Agenda und verteidigen dieses Instrument gegen jeden Angriff der Bundesregierung.
- **Hessischer Bildungsaufbruch:** Als direkte Antwort auf die Mittelstreichungen an Schulen durch die schwarz-rote Landesregierung organisieren wir einen echten Bildungsaufbruch. Bildung ist die stärkste Waffe gegen völkische Ideologien. Im engen Schulterschluss mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kämpfen wir dafür, dass Kitas, Schulen und Hochschulen in Hessen kostenfrei, barrierefrei und exzellent

ausgestattet werden, um allen die Werkzeuge für Teilhabe und zur kritischen Reflexion zu geben. Um die frühe soziale Selektion endlich zu beenden, wollen wir das überholte dreigliedrige Schulsystem überwinden und streiten für den flächendeckenden Ausbau Integrierter Gesamtschulen. Wir fordern einen auskömmlich finanzierten hessischen Hochschulpakt, der prekäre Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft beendet.

- **Gesundheit und Pflege rekommunalisieren:** Das Kliniksterben im hessischen ländlichen Raum muss gestoppt werden. Krankenhäuser und Pflegeheime gehören ausnahmslos zurück in die Hand der Landkreise und Kommunen. Wir machen Schluss mit dem Fallpauschalensystem (DRG), das Pflegekräfte in den Burnout treibt und Kranke zur bloßen Ware degradiert. Um den Pflegenotstand zu beenden, braucht es eine verpflichtende Personalbemessung, die sich strikt am tatsächlichen Pflegebedarf orientiert.
- **Handlungsfähige Kommunen und garantierte Mobilität:** Daseinsvorsorge braucht ein solides Fundament. Um unsere Städte und Gemeinden finanziell wieder handlungsfähig zu machen und Kürzungshaushalte zu verhindern, muss auf Landesebene zwingend eine Gemeindefinanzreform sowie ein Altschuldenfonds durchgesetzt werden. Die hessischen Kommunen benötigen zudem eine stärkere Beteiligung an den Steuereinnahmen. Die Steuerverwaltung muss ausgebaut und Steuerhinterziehung wesentlich konsequenter verfolgt werden.
- Statt die sog. Schuldenbremse durch Sondervermögen zu legitimieren, sollte Hessen eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des ökonomisch unsinnigen Spardiktats starten. Dies muss durch eine Bundespolitik flankiert werden, die große Vermögen, Erbschaften und Unternehmensgewinne endlich angemessen besteuert.

Nur mit finanziell starken Kommunen lässt sich auch eine echte Verkehrswende umsetzen: Die Ticketpreise im RMV und NVV sind zu hoch, während auf dem Land oft gar kein Bus fährt. Auf Landesebene ist eine Mobilitätsgarantie zu verankern, die sicherstellt, dass jedes hessische Dorf werktags mindestens im Ein-Stunden-Takt angebunden ist. Der ÖPNV gehört vollständig in öffentliche Hand – barrierefrei, mit fairen Tariflöhnen und schrittweise kostenfrei.

- **Klima- und Wärmewende gerecht gestalten:** Die Klimakrise verlangt massive öffentliche Investitionen. Wir wollen einen Zukunftsfonds für Hitzeschutz, Entsiegelung und eine kommunale Wärmewende. Klimaschutz darf keine elitäre Frage sein, die von rechts als Angriff auf den Wohlstand umgedeutet werden kann. Die Energieversorgung muss demokratisiert und in kommunale sowie genossenschaftliche Hand gelegt werden. Die Kosten der Transformation dürfen nicht auf Beschäftigte, Mieter und Menschen mit geringen Einkommen abgewälzt werden. Beschäftigte müssen über industrielle Umbauprozesse mitentscheiden, hierfür müssen die Rechte der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen ausgebaut werden.

- **Kultur & Zivilgesellschaft verteidigen:** Kultur, Sport und soziokulturelle Projekte sind unsere unverzichtbaren Bastionen der Solidarität gegen den Rechtsruck. Wir fordern den Übergang von befristeter Projekt- zu verlässlicher Strukturförderung, einen Landesfonds zur Rettung von bedrohten Jugend- und Kulturzentren vor kommunalen Kürzungen sowie die gezielte, unbürokratische Finanzierung von antifaschistischen Bündnissen in ganz Hessen. Zivilgesellschaftlicher Widerstand braucht Räume – und wir stellen sicher, dass diese Räume nicht weggespart werden.
- **Digitale Souveränität:** Digitalisierung gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen den Ausbau von Glasfaser in öffentlicher Hand und den Einsatz von Open-Source-Software fördern. Künstliche Intelligenz muss demokratisiert und im Interesse von Beschäftigten und Gesellschaft streng reguliert werden. Digitalisierung darf nicht dem Profitinteresse internationaler Konzerne dienen oder rechten Desinformationsnetzwerken überlassen werden, sondern muss den Zugang zu öffentlichen Leistungen erleichtern.

5. Aktionsplan 2027/28: Kräfte bündeln und Kampagnen führen

Die Linke Hessen konzentriert sich im Jahr 2026 auf drei zentrale Kampagnen:

- Offensive gegen den Raubbau an Sozialsystemen und die Militarisierung: In enger Zusammenarbeit mit allen, die am Erhalt und Ausbau des Sozialstaates interessiert sind
- Mieten-Kampagne: Organisation von Mieterprotesten für einen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, einen Mietendeckel und die Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen.
- Mobilität im ländlichen Raum: Kampf gegen den kollabierenden ÖPNV auf dem Land als Folge der unsozialen Schuldenbremse.

6. Gegenmacht organisieren: Hoffnung ist unsere Praxis

Hoffnung ist kein passives Warten, sondern harte, alltägliche Arbeit gegen die Resignation. Der Kampf um unsere Zukunft in Hessen wird nicht nur materiell, sondern auch in den Köpfen und Herzen geführt. Es geht um nichts Geringeres, als die kulturelle Hegemonie zu erringen.

Wo Schwarz-Rot uns Vereinzelung, Konkurrenz und Abstiegsangst als unausweichliches Naturgesetz verkaufen will, setzen wir eine neue, radikale Selbstverständlichkeit dagegen: tief empfundene Empathie, gelebte Solidarität und die klare Eigentums- und Verteilungslogik einer sozialistischen Gesellschaft.

Für ein gutes Leben für alle in unserem Bundesland muss eine Gesellschaft der Fürsorge die Daseinsvorsorge kompromisslos der Profitlogik entziehen. Ob in den städtischen Quartieren im Rhein-Main-Gebiet oder in den Dörfern Nord- und Mittelhessens: Wohnen, Gesundheit, Bildung, Kultur, Energie und Mobilität sind keine Waren, mit denen auf dem Rücken der Menschen spekuliert wird, sondern universelle Grundrechte.

Wer die herrschende Erzählung ins Wanken bringen will, darf sich nicht spalten lassen. Rassismus, Frauen- und Queerfeindlichkeit sind nicht nur Ablenkung von Klassenpolitik, sondern materielle Herrschaftsverhältnisse, die Löhne drücken, Belegschaften spalten und Menschen unterschiedliche Rechte zuweisen. Antifaschismus, Feminismus, Queerness und internationale Solidarität sind für uns deshalb keine wohlklingenden Nebenschauplätze oder isolierte Identitätsdebatten. Sie sind das Fundament und der untrennbare Bestandteil eines modernen Klassenkampfes, der jeden Menschen in seiner Würde anerkennt.

Wir haben in Hessen allen Grund zum Optimismus, denn wir sehen jeden Tag: Widerstand wirkt und Solidarität wächst. Wir erobern uns Räume zurück, durchbrechen die rechte und neoliberale Resignation und bauen die Gegenmacht von unten auf – angetrieben von der unerschütterlichen Überzeugung, dass ein solidarisches, gerechtes Hessen und eine andere, von Liebe und Solidarität getragene Welt nicht nur möglich, sondern erstreitbar sind!

Entwurf